

7/70

KOMMUNIST

ZEITUNG DER DKP-BETRIEBSGRUPPE HOCHSCHULEN

- HAMBURG -

AUSGABE: JULI 70

PREIS:

SOLIDARITÄTSSPENDE



Peter Schütt
Klarstellung

REVOLUTION. denkt sich der Kleinbürger. das sind: radikale Losungen. mit dem Blut unverdächtiger Bürger an die Vorstadt villen geschmiert. vergewaltigte Amtsmannswitwen. das stoßweise Rattern von Maschinengewehren über der Altstadt . . . REVOLUTION. das ist für ihn: der Zerfall der Ordnung. das verhaßte Chaos und das allgemeine Tohuwabohu.

REVOLUTION. denkt sich der wildgewordene Kleinbürger. das sind: radikale Losungen. mit dem Blut verdächtiger Bürger an die Vorstadt villen geschmiert. vergewaltigte Amtsmannswitwen. das stoßweise Rattern von Maschinengewehren über der Altstadt . . . REVOLUTION. das ist für ihn: der Zerfall der Ordnung. das ersehnte Chaos und das allgemeine Tohuwabohu.

REVOLUTION: im Ernstfall sind das überzeugende Losungen. überzeugte Amtsmannswitwen. mit dem Kampfmittel der Überzeugung entwaffnete Soldaten . . . REVOLUTION: das ist der geordnete Zerfall der Unordnung. die schrittweise Überwindung des Chaos und der zäh erkämpfte Sieg über das kapitalistische Tohuwabohu.

71307

LENIN-KONGRESS IN HAMBURG

Über 1000 junge Arbeiter und Arbeiterinnen waren am 27. Juni ins Hamburg-Haus nach Eimsbüttel gekommen, um am Internationalen Lenin-Kongreß der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend teilzunehmen. Delegationen sozialistischer Jugendverbände aus der Sowjetunion, Polen der CSSR, Ungarn, Rumänien, Dänemark, Südafrika, der DDR und Westberlin nahmen als Gäste am Kongreß teil. In einem Grutelegramm der Revolutionären Jugend Vietnams wurde auf die verstärkte Aggression der USA in Indochina hingewiesen und zur Unterstützung der Forderung nach sofortigem, totem und bedingungslosem Abzug der US-Truppen aus Vietnam, Laos und Kambodscha aufgerufen. Rolf-Jürgen Friemer, Bundesvorsitzender der SDAJ und Herbert Mies, 2. Vorsitzender der Deutschen Kommunistischen Partei, gingen in ihren einleitenden Referaten auf die Erfolge ein, die die SDAJ in ihrem zweijährigen revolutionären Kampf bisher erzielte und die sie zu einer ernstzunehmenden Kraft in der westdeutschen Jugendbewegung gemacht hatten.

Die wichtigsten Probleme des nationalen und internationalen Klassenkampfes (friedliche Koexistenz, Neokolonialismus, Reform-Revolution, gewerkschaftlicher Kampf, Lehrlingsausbildung u.a.) waren Gegenstand der Diskussion, die anschließend in den fünf Arbeitsgruppen geführt wurden (vgl. dazu auch den folgenden Titel "Notwendigkeit des konsequenten Kampfes gegen Rechtsopportunisten und linkssektiererische Auffassungen"). Die jungen Arbeiter und Arbeiterinnen forderten die Bundesregierung auf, jegliche Unterstützung der portugiesischen und südafrikanischen Faschisten einzustellen. In einer auf dem Kongreß vorgelegten Dokumentation wurde am Beispiel des Rüstungskonzerns BLOHM & VOSS die traute Gemeinsamkeit westdeutscher Großkonzerne und der Bonner Regierungen bei der Verfolgung einer von Profit- und Großmachtstreben bestimmten neokolonialistischen Politik analysiert.

BLOHM UND VOSS ENTEIGNEN!

Bei BLOHM & VOSS hat diese Politik eine alte Tradition. Sehr lukrativ war schon der Bau von Kriegsschiffen während des ersten Weltkrieges gewesen. Die Gewinne hatten sich vervierfacht. Neuen Aufschwung brachte dann die rüstungsprofitfreundliche Kriegspolitik des Nationalsozialismus. Billige Arbeitskräfte holte sich die Konzernleitung damals u.a. aus dem KZ Neuen-gamme, das auf dem Werftgelände eine Nebenstelle eingerichtet hatte. Eine von der SDAJ geplante Kranzniederlegung auf dem Werkgelände zu Ehren der von den Nazis ermordeten Häftlinge und Werftarbeiter wurde von der Werkleitung-zwecks Wahrung der Tradition-natürlich nicht genehmigt.

Eng liiert mit SIEMENS und BÖLKOW-MESSERSCHMIDT (übrigens ist auch der Freistaat Bayern mit 16,5 % am Aktienkapital beteiligt) gelang den Kriegsverbrechern und Kriegsgewinnlern von BLOHM UND VOSS nach 1945 ein neuer Einstieg in das internationale Rüstungsgeschäft. Besonders gepflegt wurden und werden die Kontakte zum faschistischen Griechenland und zur Kolonialmacht Portugal. Mit dem Bau von drei Korvetten für Portugal ist BLOHM & VOSS direkt an der militärischen Bekämpfung der Befreiungsorganisationen in den portugiesischen Kolonien beteiligt. BLOHM & VOSS - Partner SIEMENS (25 % Beteiligung) sorgt seinerseits dafür, daß die wirtschaftliche Ausplünderung nicht zu kurz kommt, so u.a. durch seine Beteiligung am Bau des Cabora-Bassa-Staubeckens in Mozambique, der Mozambique, Rhodesien und Südafrika mit Strom versorgen soll. Von der SPD/FDP-Regierung wird dieses Projekt mit einer 400-Millionen-Bürgschaft unterstützt.

Um den Kontakt von Bundesregierung und Rüstungskonzernen noch etwas enger zu gestalten, holte sich SPD-Verteidigungsminister Schmidt Herrn E.W. Mommsen als Staatssekretär in sein Ministerium (Zuständigkeit: Rüstungsbeschaffung!). Bis 1969 hatte Mommsen den Posten des zweiten Vorsitzenden im Aufsichtsrat von BLOHM & VOSS inne, in welchem er als Vertreter des Thyssen-Konzerns.

In der Dokumentation der SDAJ heißt es u.a.: "Der Konzern BLOHM & VOSS, seine enge Verflechtung innerhalb der westdeutschen und westeuropäischen Rüstungsindustrie und seine Miturheberschaft bei der Unterdrückung der Völker in der "Dritten Welt" in Zusammenarbeit mit Bonn weisen diesen Konzern nicht nur als Paradebeispiel für die Praktiken des staatsmonopolistischen Kapitalismus aus. Er zeigt auch, wie richtig die Einschätzung der SDAJ war, als sie sagte, daß sich nach der Bildung der SPD/FDP-Regierung die grundsätzlichen Machtverhältnisse nicht geändert haben."

5000 DEMONSTRIERTEN



Im Anschluß an den Kongreß formierten sich etwa 5000 Menschen zu einer Kampf demonstration gegen den US-Krieg in Indochina und gegen die Rüstungspolitik der bundesdeutschen Großkonzerne; für eine demokratisch geplante Wirtschaft, die den Arbeiterinteressen Rechnung trägt; für die qualifizierte Mitbestimmung und die Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien, besonders solche Rüstungsbetriebe wie BLOHM & VOSS.

Der Marsch führte durch die Hamburger Arbeiterviertel Eimsbüttel und Altona. Die Abschlußkundgebung auf dem Hein-Köllisch-Platz in St. Pauli, auf der u.a. Vertreter der Politbüros der Kommunistischen Parteien Frankreichs, Belgiens und Dänemarks sprachen, beendete der 2. Vorsitzende der DKP, Herbert Mies, mit dem Aufruf zur Bildung einer solidarischen Einheitsfront aller Demokraten und Sozialisten gegen Rechtsentwicklung in der BRD, für die Solidarität mit Vietnam, Laos und Kambodscha.

ARBEITSGRUPPE IV DES LENIN-KONGRESSSES:

KONSEQUENTER KAMPF GEGEN LINKSSEKTIERERISCHE AUFFASSUNGEN!

Die Arbeitsgruppe IV des Lenin-Kongresses beirhaltete u.a. die Ursachen und Auswirkungen der linkssektiererischen Auffassungen. In Anbetracht der in der letzten Zeit immer stärker - insbesondere unter der Studentenschaft - auftretenden linkssektiererischen und opportunistischen Auffassungen sollen in dieser Nummer des "KOMMUNIST" einige Stellungnahmen hierzu wiedergegeben werden. Die DKP-Hochschulgruppe wird in ihren nächsten Ausgaben noch näher auf die Vorwürfe der sogenannten "antirevisionistischen" Gruppen eingehen, insbesondere auf die Philosophie Mao Tsetungs, die Kulturrevolution in China, auf die Frage der friedlichen Koexistenz und auf den Vorwurf der maoistischen Gruppen, die Sowjetunion gehen den "kapitalistischen" Weg.

Betrachtet man die Sozialstruktur der Verfechter der sogenannten "antirevisionistischen" Gruppen, so stellt man fest, daß primär Elemente des Kleinbürgertums als Hauptakteure in diesen Organisationen anzutreffen sind. Vor einigen Jahren oftmals noch einen starren Antikommunismus vertretend, wurden diese Personen durch Vietnam-Krieg, Wirtschaftsrezession und Notstandssetze in ihrer Unstabilität begünstigt.

Krieg des US-Imperialismus in Kambodscha und die Aktionseinheit gegen das SDS-Verbot in Heidelberg. So werden permant Marxisten-Leninisten, die der DKP nahestehen, aus den sich "antirevisionistisch" nennenden Organisationen ausgeschlossen oder man erteilt ihnen - wie in der SALZ-Zentrale Hochallee - kategorisch Hausverbot. Auf die Vorwürfe dieser Gruppen der DKP und SDAJ gegenüber, diese seien "revisionistische Bürokratencliquen" (SALZ-Erklärung in der LZ, Juni 1970), die genauso bekämpft werden müsse wie der US-Imperialismus (Behauptungen der untereinander verfeindeten Organisationen KPD/ML 1, KPD/ML 2, KJVD, ROTE GARDE, TRIKONT, MLJJ etc.) wird der "KOMMUNIST" in seinen noch folgenden Ausgaben eingehen, insbesondere auf die Vorwürfe, die DKP habe die Septemberstreiks verraten, sie verhindere die Revolutionierung der Massen, sie führe eine "Gewerkschaftsnachtrabpolitik".

Es muß hier festgestellt werden, daß in allen ihren theoretischen wie praktischen Handlungen diese sogenannten "antirevisionistischen" Gruppen Ort und Zeitpunkt ihres Handelns verwechseln. Im Namen der Maxime "alles oder nichts" treten diese Gruppen die Lehre aus Lenins "Der linke Radikalismus..." mit Füßen, nämlich: Daß Kompromisse unausweichlich sind, wenn sie sich in die Perspektive der revolutionären Aktion einfügen,



Der bruske Übergang von der politischen Passivität zur Aktivität ließ sie zwischen reformistischen Illusionen und Abenteuerertum hin und herschwenken.

Unter ihren verschiedenen Formen erkennt man unter diesen Gruppen immer wieder ihre Ungeduld zur Strategie, die besondere Hervorhebung der Spontaneität und der Improvisation im Kampf, die Behauptung, die Massen dank der Intervention der "handelnden Minderheiten" zu erschüttern, Ersetzung der schwierigen Aufgaben der Massenaktionen durch die ultrarevolutionäre Gestikulation. So unfähig diese Gruppen sind, die mobilisierende und organisatorische Rolle der proletarischen Partei und die Notwendigkeit des Aufsuchens politischer Lösungen zu verstehen, so einig zeigen sich diese Gruppen in der Stellung zur Deutschen Kommunistischen Partei und zur Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend. So verhinderten die sogenannten "antirevisionistischen" Gruppen in Hamburg die Aktionseinheit gegen den

daß es notwendig ist, die Kampfformen je nach der konkreten Situation zu wechseln. Insbesondere die Maoisten lernen ähnlich einem Katechismus Aussprüche Mao Tsetungs auswendig, in ihrer egalitären Anwendung dieser Thesen spiegelt sich ihre Praxis wieder: Dutzende von verfeindeten und praxisfernen Gruppen, die alle den Anspruch erheben, Avantgarde des Proletariats zu sein. Diese Sekten leisten objektiv und subjektiv dem Imperialismus Vorschub, indem sie einen Beitrag zur Verwirrung leisten.

In fast allen dieser untereinander verfeindeten Gruppen wird beobachtet, daß die Verbindung zwischen dem ökonomischen Kampf und dem politischen Kampf gestört ist. Wenn man ihnen glauben soll, so müßte die revolutionäre Arbeiterklasse sich weder um Teilforderungen auf ökonomischem Gebiet kümmern, noch um die Verteidigung und Ausdehnung der bürgerlichen demokratischen Freiheiten auf politischer Ebene.

AKTIONSEINHEIT IN HEIDELBERG

UND HAMBURG ...

Der Regierungswechsel in Bonn war kein Machtwechsel. Statt Aufhebung des KPD-Verbots - Verbot einer weiteren demokratischen Organisation - des SDS. Statt Auflösung der neofaschistischen NPD erleben wir, daß NPD-Funktionäre fast ungestört Attentate planen und Schießübungen veranstalten, Jungfaschisten in Kassel die Fahne der DDR ungestraft zerstören können.

Wir sehen, der Druck von rechts ist nicht schwächer geworden. Er wird nicht durch die beschwörenden Worte eines liberalen Kanzlers aufgehalten, sondern nur durch den konsequenten Kampf aller Demokraten. Die Aktion in Heidelberg ist eine Drohung gegen alle Demokraten, wie 1953 das Verbot der FDJ und 1956 das Verbot der KPD. Ein entschiedener Kampf für mehr Demokratie muß sich in erster Linie gegen diese Bedrohung richten.

In Heidelberg hat sich ein Komitee "25.Juni" aus allen demokratischen Organisationen gebildet, um gegen die Polizeimaßnahmen vorgehen zu können. Sie riefen zu einer Demonstration auf, an der 10 000 Heidelberger teilnahmen. Auf der Abschlußkundgebung rief unter anderem der DKP-Bezirksvorsitzende Ebert zu gemeinsamen demokratischen antifaschistischen Kampf auf.

In Hamburg zogen dagegen ca. 800 Studenten zu einer Kundgebung, deren Redner außer revolutionären Phrasen nichts zu bieten hatten als erneute Attacken gegen die Aktionseinheit aller Demokraten. Die antikommunistischen Parolen gegen die DDR und gegen Walter Ulbricht glichen denen der Springer-Presse während der Hochblüte des Kalten Krieges.

Hatten wir gehofft, daß nach dem unwürdigen Hickhack um die Kambodscha-Demonstration der Hamburger ASTA die Lehren gezogen hätte, so mußte man erneut erleben, wie er sich auf die Seite der Unverbesserlichen und Unbelehrbaren schlug und damit eine der Bedeutung der Heidelberger Ereignisse entsprechende Aktion verhinderte.

Wir Kommunisten und unsere Genossen im "SPARTAKUS" haben trotzdem diese Demonstration unterstützt. Wir sind jedoch der Meinung, daß endlich die Lehren aus den jüngsten peinlichen Verhältnissen gezogen werden müssen. Auch der Hamburger ASTA sollte in Zukunft einsehen, daß nur durch eine breite Aktionseinheit der Kampf erfolgreich geführt werden kann.

DKP-Hochschulgruppe Hamburg



Herausgeber: DKP-Hochschulgruppe Hamburg,
2 Hamburg 19,
Hellkamp 69

Verantwortlich: Peter Badekow Eigendruck